

Tote nach Protesten im Drapchi-Gefängnis

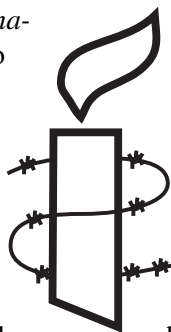
Nach Informationen des *Tibet Information Network* (TIN) Anfang August sind als Folge von Protesten Anfang Mai 1998 im Drapchi-Gefängnis von Lhasa mindestens zehn Tote zu beklagen. Nachrichten über die Vorfälle waren erst nach drei Monaten durchgesickert, die chinesischen Behörden hatten eine Informationssperre verhängt. Unter den getöteten Tibetern befanden sich vier Mönche und fünf Nonnen. Offiziellen Angaben zufolge haben die Häftlinge Selbstmord begangen. Nach Angaben von TIN ist es jedoch wahrscheinlicher, daß sie an den Folgen der Folter starben, die ihnen nach ihrer Demonstration zugefügt wurde. Die Menschenrechtsorganisation *amnesty international* bestätigte Ende Juli, daß mindestens fünf Gefangene getötet worden sind. Politische Gefangene wie die Nonnen Ngawang Sangdrol, Ngawang Choezom und Ngawang Tenzin sowie der 71jährige Lehrer Tanak Jigme Zangpo wurden infolge der Vorfälle mit Isolationshaft bestraft, verhört und geschlagen. Zwei Häftlinge liegen vermutlich noch mit schweren Verletzungen im Militärkrankenhaus.

Die Proteste der Tibeter begannen am 1. Mai 1998 in Drapchi, als die Gefängnisbeamten im Beisein tibetischer Häftlinge in einer Zeremonie die chinesische Flagge hißten – als Vorbereitung auf den Besuch einer Delegation der Europäischen Union im Gefängnis. Offenbar wußten die Gefangenen von dem anstehenden Besuch. Der Tibeter Karma Dawa rief Parolen, die seine Sympathie für den Dalai Lama und den tibetischen Unabhängigkeitskampf bekundeten. Andere Gefangene stimmten ein, woraufhin die Gefängniswächter Warnschüsse abgaben und einige Tibeter verprügelten. Zu einem zweiten Protest kam es am 4.

Mai 1998, dem Tag, an dem die EU-Delegation, bestehend aus den Botschaftern Großbritanniens, Österreichs und Luxemburgs, in Drapchi zu Gast war. 60 Mönche versammelten sich vor dem Eintreffen der Delegation und riefen „Freiheit für Tibet“, wobei Gefangene in benachbarten Zellen sie unterstützten. Daraufhin beendete das Gefängnispersonal gewaltsam die Aktion, verprügelte die Gefangenen und bestrafte einige mit Einzelhaft. Die EU-Beamten bekamen von den Vorfällen nichts mit, in ihrem Bericht heißt es, es habe „keine erkennbaren Zeichen für eine zusätzliche Bewachung oder verstärkte Sicherheitsmaßnahmen gegeben“. Die tibetische Menschenrechtsorganisation in Dharamsala, *Tibetan Centre for Human Rights and Democracy* kritisierte den Besuch der europäischen Delegation in Drapchi: „Die Vertuschung der beiden Vorfälle in Drapchi vor der Delegation zeigt, wie effizient China die strikte Regulierung solcher Besuche handhabt. Der Bericht der EU-Delegation stellt solche Besuche nach Tibet und den Einsatz für den ‚bilateralen Dialog‘ ernsthaft in Frage.“ Ein Sprecher des britischen Außenministeriums sagte, seine Regierung habe nicht vor, bei den chinesischen Behörden weitere Nachforschungen über die Vorfälle anzustellen. Dennoch kritisieren die EU-Vertreter in ihrem Abschlußbericht, daß die Chinesen „eine extrem strenge Kontrolle“ über die tibetische Religion und Kultur ausübten. Einige tausend Mönche und Nonnen seien seit 1996 aus den Klöstern vertrieben worden, um die Zahl der Ordensmitglieder niedrig zu halten. Außerdem würden Tibeter für geringe Anlässe, besonders politische Aktivitäten, mit harten Strafen belegt. *bs*

amnesty international setzt sich für tibetische Gefangene ein

Die Menschenrechtsorganisation *amnesty international* ist besorgt um zwei Tibeter, Lodroe Gyatso (35) und Ngawang Jungne (29), die im Drapchi-Gefängnis inhaftiert sind. Berichten aus London zufolge sind beide Männer schwer gefoltert worden und haben mit schlimmen gesundheitlichen Folgen zu kämpfen. Lodroe Gyatso verbüßt eine Haftstrafe von 15 Jahren und ist wegen Mordes angeklagt. Als Folge der Folter sind seine Nieren geschädigt, er hat psychologische Probleme und teilweise Gedächtnisverlust. 1995 erhöhten die chinesischen Behörden seine Strafe auf weitere sechs Jahre, weil er im Gefängnis in Demonstrationen für die Unabhängigkeit Tibets involviert war und Flugblätter verteilt hatte. Auch der zu neun Jahren Gefängnis verurteilte Ngawang Jungne hat gesundheitliche Probleme als Folge der Folter und sechsmonatiger Einzelhaft. Es gibt besondere Zellen für Einzelhaft, die nur zwei mal zwei Meter groß sind und kein Fen-



ster haben. Die Gefangenen sind an Hand- und Fußgelenken gefesselt. Ngawang Jungne hat als Resultat dieser Isolationshaft sein Gedächtnis verloren; er nimmt keine Nahrung zu sich.

Nach Angaben von *amnesty international* sind die meisten Folteropfer in Tibet Menschen, die sich politisch engagiert und für die Unabhängigkeit Tibets eingesetzt haben. In einer Aktion forderte *amnesty international* dazu auf, Briefe an die verantwortlichen Behörden zu schreiben und sich für Lodroe Gyatso, Ngawang Jungne und andere Gefangene einzusetzen, die Opfer von Folter und Mißhandlung sind. Die Organisation fordert das Ende der Folter, die Entlassung aller Gefangenen aus der Einzelhaft, die sofortige medizinische Behandlung der Folteropfer sowie die Freilassung aller politischen Gefangenen, die friedlich und gewaltlos von ihrem Recht Gebrauch gemacht haben, sich für die Unabhängigkeit Tibets einzusetzen. *bs*

Tibetischer Mönch erlag der Folter

Ein 22-jähriger tibetischer Mönch starb eine Woche nach seiner Entlassung aus dem Gefängnis an den Folgen der Folter. Dies berichtet das *Tibet Information Network* (TIN) aus London. Das chinesische „Büro für religiöse Angelegenheiten“ tat den Bericht der in London ansässigen Organisation als „puren Unsinn“ ab. Yeshe Samten, der seit seinem zwölften Lebensjahr Mönch war, erlag nach Aussagen von TIN am 12. Mai 1998 seinen Verletzungen. Seine Peiniger hatten ihm zwei Rippen gebrochen.

Inhaftiert wurde Yeshe Samten für zwei Jahre, nachdem er im Mai 1996 im Kloster Ganden gegen das Verbot protestiert hatte, Bilder des Dalai Lama aufzuhängen. Bei den Unruhen in Ganden 1996 hatten protestierende Mönche ein sogenanntes Arbeitsteam der chinesischen Behörden aus dem Kloster hinausbefördert, das das Verbot von Dalai Lama-Bildern durchsetzen sollte. Am nächsten Tag drangen chinesische Truppen in das Kloster ein, vertrieben rund 100 Mönche und brachten das Kloster unter ihre Kontrolle. Als sie das Feuer auf eine Gruppe von Mönchen eröffneten, töteten sie den 40-jährigen Kelsang Nyendrag und verletzten fünf weitere Tibeter. Mehr als 60 Mönche, einschließlich Yeshe Samten, wurden inhaftiert.

Ganden gilt den Chinesen als „Vorzeigekloster“. Die unter chinesischer Herrschaft zerstörte religiöse Stätte ist komplett renoviert, die 500 traditionellen Butterlampen sind durch Solarenergielampen ersetzt worden, und es gibt eine neue Trinkwasserversorgung. „Das Renovierungs-Projekt hat einmal mehr bewiesen, daß die Kommunistische Partei Chinas an ihrer Politik der Freiheit der Religionsausübung in Tibet festhält und sich dafür engagiert, die traditionelle Kultur Tibets zu schützen und zu fördern“, hieß es aus offiziellen Kreisen Ende letzten Jahres in Lhasa. *bs*



Foto: Monika Deimann

Baustelle Lhasa: Die Chinesen reißen die alten tibetischen Häuser ab und bauen neu.

Abriß religiöser Stätten nahe Lhasa

Die chinesischen Behörden haben einen Tempel und ein Kloster bei Drag Yerpa, einem Pilgerort nahe Lhasa, abgerissen. Drag Yerpa ist eine ländliche Gegend, die für ihre Höhlen berühmt ist, in die sich die Meister Padmasambhava im 8. Jahrhundert und Atiśa im 10. Jahrhundert zur Meditation zurückgezogen hatten. Die Einsiedeleien wurden noch bis 1959 benutzt, als es in der Region über 20 Klöster und Tempel mit rund 300 Mönchen und Nonnen gab. Im Zuge der Kulturrevolution wurden fast alle religiösen Stätten zerstört. In den 80er Jahren begann man, einige kleine Klöster wiederaufzubauen. Der Nyingma-Lehrer Adzom Pelo Rinpoche errichtete 1996 sechs Wohngebäude für Mönche und Nonnen. Diese Gebäude sind nun von den chinesischen Behörden abgerissen worden. Rund 50 Nonnen und ein buddhistischer Lehrer mit einigen Studenten verloren ihre Wohnstatt. Einem Bericht von TIN zufolge ging der Abriß sehr schnell vonstatten, so daß die Bewohner kaum Zeit hatten, ihre Wertsachen wie Statuen, Bilder von Lamas usw. mitzunehmen. 11 ältere Nonnen scheinen trotz der zerstörten Häuser noch in Drag Yerpa zu leben, sie weigern sich, den Pilgerort, an dem sie schon viele Jahre leben, zu verlassen.

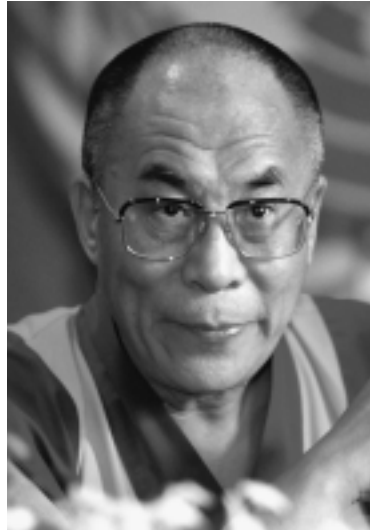
Nach Angaben von TIN erfüllten die Gebäude nicht die Auflagen der chinesischen Behörden, und es lag keine Baugenehmigung vor. Neue religiöse Stätten in Tibet müssen laut chinesischem Gesetz nach genau den Maßgaben erbaut werden, die den historischen Tempeln und Klöstern aus der Zeit vor der chinesischen Herrschaft 1959 entspricht. Die chinesischen Behörden untersuchen im Moment einige Klöster nach ihrem historischen Ursprung. Klöster dürfen nur mit offizieller Genehmigung und unter bestimmten Auflagen wiederaufgebaut werden. Die Chinesen hatten 1994 beschlossen, einen „Wildwuchs beim Bau von Tempeln und Klöstern“ zu verhindern. Gleichzeitig machten sie sich daran, die Zahl der Mönche und Nonnen in den Klöstern zu reglementieren und die noch verbleibenden Ordensleute einer „patriotischen Umerziehung“ zu unterziehen. Nach Angaben der tibetische Menschenrechtsorganisation in Dharamsala, *Tibetan Centre for Human Rights and Democracy*, sind infolge der Umerziehungskampagne in jüngster Zeit drei Klöster von den chinesischen Behörden geschlossen worden. Die Mönche und Nonnen wurden vertrieben, weil sie sich geweigert hatten, den Instruktionen der Chinesen Folge zu leisten. Beispielsweise wurde von ihnen verlangt, daß sie den Dalai Lama verunglimpfen und sich zum chinesischen Staat bekennen. Unterdessen spricht die chinesische Regierung vom „goldenen Zeitalter der Religion in Tibet“. So verbreitete die chinesische Nachrichtenagentur Xinhua, daß die Zahl der wiederaufgebauten und neu errichteten Klöster und Tempel die Zahl der religiösen Stätten von 1959 noch übertreffe. *bs*

Informelle Kontakte zwischen Dalai Lama und Peking

Der Dalai Lama sagte während seines kurzen Abstechers nach Paris im Juni 1998 gegenüber der Zeitung *Le Monde*, daß er informelle Kontakte mit Peking unterhalte. Nach seinen eigenen Worten handelt es sich um „ernsthafte Kontakte“ mit chinesischen Regierungsvertretern über verschiedene private Kanäle. Der chinesische Präsident Jiang Zemin gab während des Besuches von Bill Clinton in China Ende Juni 1998 ebenfalls öffentlich bekannt, daß es „zahlreiche Kommunikationskanäle“ zur tibetischen Regierung im Exil gebe. Clinton hatte das Thema Tibet zuvor schon angesprochen und den chinesischen Präsidenten gedrängt, den Dialog mit dem Dalai Lama zu beginnen. Clinton fügte hinzu: „Ich habe einige Zeit mit dem Dalai Lama verbracht und glaube, daß er ein aufrichtiger Mann ist. Ich bin überzeugt, die beiden würden sich sehr gern mögen, wenn es zu einem Gespräch des Präsidenten Jiang mit dem Dalai Lama käme.“

Der Dalai Lama zeigt sich optimistisch, was die langfristige Zukunft Tibets betrifft, auch wenn China sich im Moment weigert, das Thema Autonomie zu diskutieren und sich die Lage in Tibet zusehends verschlechtert. Das tibetische Oberhaupt setzt auf eine allmähliche Veränderung in China, wo es immer mehr Unterstützung von Intellektuellen, Schriftstellern usw. für die Tibeter gebe. Kontakte auf offizieller Ebene fehlten allerdings seit fünf Jahren. Die Beziehung zwischen beiden Staaten kam zum Erliegen, als der Dalai Lama 1994 Gendün Tschökyi Nyima zum Pantchen Lama ernannte und Peking im Gegenzug einen eigenen Kandidaten, Gyancian Norbu, in dieses zweithöchste religiöse Amt in Tibet inthronisierte. Mittlerweile jedoch scheinen Pekings Machthaber andere Sorgen zu haben. Einige Beobachter glauben, daß – bei aller Propaganda gegen den Erzfeind – der Dalai Lama immer noch als eine wichtige Integrationsfigur angesehen wird, ohne die

die tibetische Freiheitsbewegung sich in Guerilla- und Terrorgruppen aufspalten könnte. So bot Jiang Zemin im Juni 1998 erneut Verhandlungen mit der tibetischen Regierung im Exil an, falls diese nicht nur Tibet, sondern



Fotos: PEGO (li.), dpa (re.)

Dalai Lama und Jiang Zemin: Offizielle Verhandlungen zwischen der chinesischen und der tibetischen Führung stehen noch aus.

auch Taiwan als Teil Chinas akzeptiere. Lodi Gyari, Sprecher des Dalai Lama in den USA, sagte, die Tibeter würden nun prüfen, was Präsident Jiang Zemin wirklich wolle und auf welcher Basis Verhandlungen möglich wären. Der Dalai Lama betont immer wieder, daß er nicht nach Unabhängigkeit, sondern echte Autonomie anstrebe; gleichzeitig besteht er auf der historischen Tatsache, daß Tibet einmal eine freie, eigenständige Nation war. Unterdessen sagte der Dalai Lama Anfang Juli eine bereits geplante Reise nach Taiwan vorerst ab, um eine „bessere Verständigung mit Peking“ zu erzielen. Der Dalai Lama selbst bezeichnete die Absage als „freundliche Geste“ gegenüber der Volksrepublik. *bs*

Propaganda gegen den Dalai Lama geht weiter

Bei einer Regierungsumbildung in der „Autonomen Region Tibet“ im Juni 1998 ist der Vorsitzende der Regionalregierung, Gyaltsen Norbu, durch einen anderen Tibeter namens Legchog ersetzt worden. Damit stärkten die chinesischen Machthaber die Position von Raidi, dem Vorsitzenden des Ständigen Ausschusses des Volkskongresses der sogenannten Autonomen Region. Bereits einige Wochen vorher waren im Zuge von Raidis Kampagne zur „Säuberung der Reihen der Parteimitglieder und kader“ zwei Tibeter aus der Führungsriege entlassen worden. Ihre Aktivitäten wurden als „schädlich für die Stabilität Tibets“ eingestuft. Raidi hatte die Verantwortlichen

in Tibet schon seit Monaten davor gewarnt, insgeheim den Dalai Lama zu unterstützen. Auf einer Konferenz in Lhasa hatte er Anfang des Jahres kritisiert, daß einige Tibeter aus den höheren Rängen der Regierung „in der Tiefe ihres Herzens Religion als etwas Heiliges und den Dalai Lama als einen hohen Würdenträger ansähen. Ende letzten Jahres sagte er in einer Fernsehansprache: „Wir müssen – im Denken und in der Theorie und im ideologischen Bereich – dem Dalai Lama und seinen separatistischen Kräften den totalen Krieg erklären. Dies ist die ideologische und politische Basis, um Tibet ins nächste Jahrhundert zu befördern.“ *bs*

Finanzspritze der EU für umstrittenes Projekt in Tibet

Die Europäische Union hat ein Abkommen mit China unterzeichnet, in dem 84 Millionen Ecus (92 Millionen Dollar) für insgesamt vier Hilfsprojekte bewilligt werden. Rund ein Zehntel der Gelder fließt in das umstrittene Panam-Projekt. Dabei handelt es sich um ein Landwirtschaftsprojekt, 200 Kilometer südwestlich von Lhasa, das darauf angelegt ist, durch eine verbesserte Bewässerung die Ernteerträge der Region zu vervielfachen. Statt Gerste, wie sie von den Tibetern verzehrt wird, soll Weizen angebaut werden. Peking möchte die Region zwischen Lhasa und Schigatse zum „Brotkorb“ Tibets machen und damit die weitere Ansiedlung von Chinesen ermöglichen. Bisher mußte China für die wachsende Zahl chinesischer Siedler Jahr für Jahr viele tausend Tonnen Weizen aus China nach Tibet karren.

Das Panam-Projekt war 1995 aus politischen Gründen auf Eis gelegt worden. Das Europäische Parlament befürchtete, der Weizenanbau könne dazu dienen, mehr chinesische Siedler in Tibet zu ernähren. Vertre-

ter von Nicht-Regierungsorganisationen (NRO) kritisierten zudem Pläne, nach denen europäische Firmen chemische Düngemittel in die Region liefern sollten, um eine intensive Produktion zu ermöglichen, die im Gegensatz zur traditionellen Subsistenzwirtschaft stehe. EU-Vertreter kommentierten ihre Entscheidung jetzt damit, daß NROs und Tibeter in das Projekt involviert würden. Der Hauptteil der im Juni von der EU bewilligten Gelder fließt in Projekte für den Umweltschutz und die Modernisierung von Industriebetrieben in China. Darüber hinaus hat sich die EU verpflichtet, China angesichts der Finanzkrise in Asien mehr als bisher zu unterstützen. Obwohl die Krise China nicht völlig erfaßt hat, sind ausländische Investitionen und chinesische Exporte betroffen. Die EU will China vor allem im Bereich Bankwesen, Versicherungen und anderen finanziellen Angelegenheiten beraten und zur Modernisierung dieses Sektor beitragen. *bs*

Aufgeschnappt

• **In Cape Town**, Südafrika, hat sich eine Tibet-Unterstützergruppe mit 25 Tibetfreunden gebildet. Anfang 1998 hatte die Regierung Südafrikas die diplomatische Anerkennung Taiwans zugunsten der Volksrepublik zurückgezogen. Sie betrachtet Tibet als „Teil Chinas“.

• **Ein französischer Tibetfreund**, Gilles Blanchard, hat sich am 19. Juni 1998 in Paris selbst verbrannt – als „pazifistische Geste, um den Tibetern zu helfen, sich aus der chinesischen Verfolgung zu befreien“. Im Büro des Dalai Lama in Paris zeigte man sich bestürzt über den Vorfall: „Es ist nicht der Wunsch des tibetischen Volkes, unseren Freunden so viel Schmerz und Leiden zu bereiten“, sagte Frau Kunzang Yuthok, die Repräsentantin des Dalai Lama in Paris. „Wir hoffen sehr, daß sich solche Aktionen nicht wiederholen und appellieren an die Regierungen der Welt, alles daran zu setzen, das Tibetproblem friedlich zu lösen.“

• **In weniger als einem Prozent der Fälle** haben chinesische Gerichte zwischen 1992 und 1997 Gefangene in Tibet freigesprochen, wie die Regierungszeitung *Tibet Daily* berichtete. Von den 6291 angeklagten Personen seien 0,73 Prozent nicht schuldig befunden worden. Mehr als die Hälfte der Angeklagten haben Strafen ab fünf Jahren und mehr erhalten, einschließlich der Todesstrafe.

Schugden: Amnesty international entlastet Exilregierung

Amnesty international hat nach eigenen Aussagen keine Beweise dafür gefunden, daß seitens der tibetischen Regierung im Exil Menschenrechtsverletzungen an Schugden-Anhängern in Indien vorgekommen sind. Schugden-Anhänger hatten in Verlautbarungen und Publikationen, die auch während des Deutschlandbesuches des Dalai Lama im Juni 1998 kursierten, von Übergriffen tibetischer Regierungsbeamter gegen Schugden-Verehrer in indischen Klöstern gesprochen. Sie warfen dem Dalai Lama vor, mit seiner Anweisung, den Schugden-Kult zu unterlassen, das grundlegende Recht auf Religionsfreiheit zu beschneiden. In einem Flugblatt wurde dazu aufgefordert, u.a. *amnesty international* und die Vereinten Nationen anzuschreiben, um die „Besorgnis“ über diese Situation zum Ausdruck zu bringen.

Amnesty hat nach eigenen Angaben viel Material von Schugden-Anhängern erhalten und die Vorwürfe untersucht. Dabei kamen die Menschenrechtler zu dem Schluß,

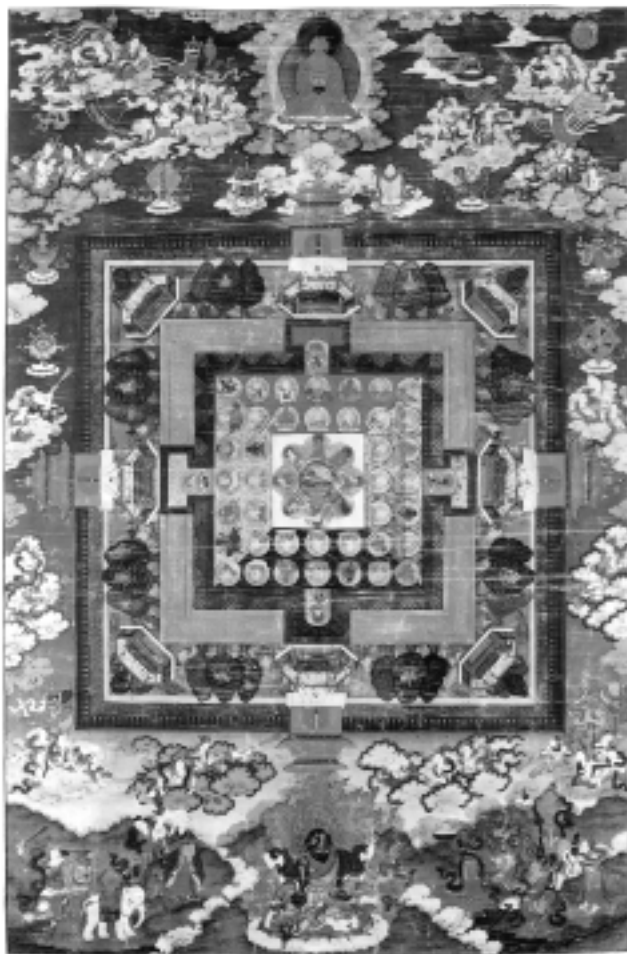
daß das gesammelte Material das *ai*-Mandat nicht berühre, da keine Fälle von schweren Menschenrechtsverletzungen wie Folter, Todesstrafe, extralegale Hinrichtungen, willkürliche Verhaftung oder unfaire Gerichtsverfahren nachweisbar seien.

Vertreter der Organisation wiesen darauf hin, daß sie nicht in eine Debatte um spirituelle Angelegenheiten der Tibeter verwickelt werden möchten. Statt dessen äußerte *amnesty* sich besorgt über die Menschenrechtslage in Tibet. Tibetische Nationalisten und religiöse Gruppen würden brutal unterdrückt. Allein im Jahr 1997 seien rund 100 Mönche und Nonnen inhaftiert worden. Die andauernde „patriotische Umerziehungskampagne“ in den Klöstern habe Verhaftungen und Vertreibungen nach sich gezogen. Die Verhältnisse in den tibetischen Gefängnissen seien hart; Folter und grausame Behandlung für geringfügige Übertretungen der Gefängnisregeln seien an der Tagesordnung. *bs*

Eine der größten Tibet-Sammlungen der Welt, die Kollektion des Hamburger Privatsammlers Gerd-Wolfgang Essen, geht nach Basel. Die 759 Objekte tibetischer Kunst werden ab dem Jahr 2000 im Museum der Kulturen zu bewundern sein. Die Mäzenin Catherine Oeri machte den Kauf möglich.



Ausstellung: „Tibet –Welt der Bilder“



Das Adelhausermuseum für Völkerkunde in Freiburg wird vom 6.11.1998 bis 28.2.1999 die Ausstellung „Tibet –Welt der Bilder“ zeigen. Es werden Thangkas, Maṇḍalas und Metallplastiken zeitgenössischer exiltibetischer Künstler aus Indien und Nepal zu sehen sein. Die Ausstellung wird am 5.11.1998 um 18 Uhr von Frau Koren, der Repräsentantin des Dalai Lama für Europa, eröffnet. Voraussichtlich vom 9. bis 15.11.1998 werden neun tibetische Mönche aus Dharamsala ein Sandmaṇḍala des Medizin-Buddha streuen.